

Surplus

Das Wirtschaftsmagazin

Theorie & Wissenschaft

Ökonomenporträt

Gewerkschaften

Viktor Agartz: »Jeder Lohn ist ein politischer Lohn«

Mit seiner »expansiven Lohnpolitik« machte der sozialistische Ökonom Viktor Agartz in den Fünfzigerjahren aus Lohnfragen Machtfragen.

Christoph Jünke

1. Februar 2026, 7:00 – 6 Minuten Lesedauer

Es war ein Politikum ersten Ranges, als der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am 29. September 1950 zur Großkundgebung nach Düsseldorf lud. Man hatte sich vorgenommen, nicht nur die allgemeine Bedeutung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für die Wirtschaft und Gesellschaft der neuen Bundesrepublik deutlich zu machen. Mehr noch: Der DGB wollte die eigenen Forderungen für eine ebenso umfassende wie weitreichende wirtschaftsdemokratische Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene öffentlich publik machen. Das sollte einen heißen Herbst des öffentlichen Kräfteringens einleiten.

Im großen Festsaal der Düsseldorfer Großkundgebung saßen damals nicht nur sämtliche Führungsfunktionäre des DGB und der Einzelgewerkschaften sowie der Großteil der geschäftsführenden Sekretäre der zahllosen DGB-Kreis- und Ortsausschüsse, sondern auch zahlreiche Bundes- und Landesminister und hohe Vertreter der alliierten Besatzungsmächte sowie einige Dutzend Presse- und Rundfunkvertreter. Nach einer kurzen Begrüßung des schwerkranken DGB-Vorsitzenden Hans

Böckler betrat schließlich Viktor Agartz (1897-1964) das Podium zu einer abendfüllenden Grundsatzrede und schlug, in den Worten eines späteren Gewerkschaftshistorikers, »ausgesprochen kämpferische Töne« an. Der Sozialdemokrat und Gewerkschafter gehörte damals zur ersten Reihe der bundesdeutschen Politik, hatte sich, in den Jahren 1946/47, als gleichsam erster Wirtschaftsminister der westlichen Besatzungszonen einen internationalen Namen gemacht und 1947/48 das gewerkschaftseigene Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WWI) mit aufgebaut, das er seit Ende 1949 auch als formeller Leiter führte. Nicht zu Unrecht galt er deswegen als Böcklers »Generalstabschef« und hatte entsprechend auch die sogenannten Hattenheimer Gespräche inhaltlich vorbereitet und eingreifend begleitet. Nun begründete er, einmal mehr, das gewerkschaftliche Wollen, wie es sich nach 1945 als Lehre aus dem Nazi-Faschismus und dem Strukturwandel der modernen Industriegesellschaften herausgeschält hatte.

Sozialisierung der Schlüsselindustrien

In den ersten Monaten des Jahres 1950 hatte man, nach der ersten Bundestagswahl und unter der Schirmherrschaft der ersten Bundesregierung, vergeblich versucht, mit führenden Verbandsvertretern der westdeutschen Industrie zu einer gemeinsamen Neuordnung der im Bonner Grundgesetz ausgesparten Sozial- und Wirtschaftsordnung zu kommen. Die jedoch hatten in den Hattenheimer Gesprächen jedes tatsächliche Zugeständnis an wirtschaftsdemokratische Vorstellungen als unzulässigen Angriff auf ihr unternehmerisches Eigentums- und Weisungsrecht erfolgreich zurückgewiesen. Den Gewerkschaften jedoch hatten sie den Schwarzen Peter dafür zugeschoben, dass man sich auf konsensuellem Wege nicht einigen wollte und konnte.

Eine umfassende Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien hatten die Gewerkschaften damals gefordert, außerdem Planungs- und Lenkungsmethoden für eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft sowie die breite Anwendung einer ebenso betrieblichen wie überbetrieblichen Mitbestimmung in dem, was Agartz 1946, auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD, die »sozialistische Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat« genannt hatte. Weitgehend neugeordnet war die bundesdeutsche Wirtschaft zwischenzeitlich, allerdings nach marktwirtschaftlichen Methoden. Die begonnene Vergesellschaftung der deutschen

Grundstoffindustrien jedoch, so Agartz in Düsseldorf, dürfe nicht rückgängig gemacht, müsse vielmehr ausgeweitet werden. Die 1947 in den Aufsichtsräten der Eisen- und Stahlbranche zugestandene paritätische Mitbestimmung müsse endlich auf die Kapitalgesellschaften der ganzen Wirtschaft ausgedehnt und durch eine paritätische Neuordnung der Industrie- und Handelskammern auch auf die überbetriebliche Ebene gehoben werden. Anders sei die von allen zugestandene Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit nicht zu sichern und der Aufbau einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie nicht zu bewerkstelligen.

Zurecht sei die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung für ihre bislang verantwortungsbewusste, maßvolle und konstruktive Haltung immer wieder gelobt worden, doch sei diese Haltung Ausdruck der Erwartung einer solchen Neuordnung gewesen. Und sollte diese Erwartung nun nicht erfüllt werden, so könne man von den Gewerkschaften auch nicht weiter verlangen, derart maßvoll und verantwortungsbewusst zu agieren: »Eine Tarifikündigung oder ein Streik ist nicht unvernünftiger als alles das, was wir mit der Geldreform bei der Einkommensverteilung und bei den Preisen erlebt haben. Eine Marktlage auszunutzen, nun, das ist ein Grundelement der freien Wirtschaft, das auch derjenige anerkennen muss, gegen den es sich richtet.«

Kapital schlägt zurück

Die anwesenden Verfechter des Status quo verstanden den diplomatischen Wink mit dem Zaunpfahl. Der von den Gewerkschaften angekündigte »heiße Herbst« sollte kommen, allerdings in Form einer vor allem von den Interessenvertretern von Kapital und Kabinett vorangetriebenen politisch-publizistischen Mobilmachung gegen den vermeintlich drohenden »Gewerkschaftsstaat«. Schnell war damit die mythologische Rede von einer vermeintlichen Radikalisierung des DGB und von Agartz als einem Klassenkämpfer in aller Munde und Druckerschwärze, obwohl die Gewerkschafter nur das repräsentativ-demokratische Selbstverständnis der BRD ernst genommen hatten.

Nicht zu Unrecht waren sie davon ausgegangen, dass sich mit den sozialstrukturellen Veränderungen zum »organisierten Kapitalismus« eine spezifische »Verbändedemokratie« herausentwickelt hatte, die nicht mehr viel zu tun hatte mit dem

alten, klassischen Kapitalismus. »Die überkommenen, im Wesentlichen von den Ideen des Jahres 1789 geprägten Verfassungen«, lesen wir in einer der zentralen Veröffentlichungen des WWI jener Zeit, »entsprechen nicht mehr dem tatsächlichen Leben der modernen Staaten.« Und weiter:

»Norm und Wirklichkeit decken sich nicht. Nach der Norm tragen Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung den Staat. In Wirklichkeit stehen neben dem Gesetzgeber zahlreiche mächtige Interessenverbände, oft mächtiger als die die Gesetzgebung tragenden Parteien und Regierungsorgane. Dieses Nebeneinander, dieser zu Spannungen und Krisen führende Pluralismus hat seine Ursache in dem Streben, politische und das ist vor allem wirtschaftliche Macht einer zielbewussten Minderheit zu verschaffen oder zu sichern.«

Begegnen könne man diesen strukturellen Ungleichheiten nur mit dem Ausbau der örtlichen und überörtlichen Mitbestimmung zu einer selbstverwaltenden, paritätischen Mitarbeit des Wirtschaftsbürgers, und mit einer konsensualen Zusammenarbeit in jenen Konferenz- und Sitzungszimmern, die den vermeintlich »freien Markt« als Aushandlungsmedium der Wirtschafts- und Sozialpolitik schon längst ersetzt hätten.

Die Ideologen und Funktionäre des Kapitals, die meisten Medien und die »bürgerliche« Politikmehrheit sahen dies jedoch anders – und in den Gewerkschaften selbst begannen sich zunehmend Stimmen breitzumachen, sich entsprechend zu mäßigen. Am Ende dieses kurzen Mitbestimmungskampfes sollte schließlich ein gesellschaftspolitisches Patt stehen: Die von der Kapitaleseite wieder infrage gestellte paritätische Mitbestimmung im Eisen-, Stahl- und Kohlebereich (Montanmitbestimmung) wurde im Januar 1951 – vermeintlich dauerhaft – zugesichert, doch nur um den Preis, dass die Gewerkschaften auf deren Ausdehnung auf andere Bereiche verzichteten.

Der Weg vom Pyrrhussieg zur Niederlage war kurz: Mit dem mitbestimmungsfreien Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und der schon damals beginnenden strukturellen Aushöhlung der Montanmitbestimmung erlitt das gewerkschaftliche Wollen eine ebenso tiefgreifende wie nachhaltige Niederlage, während sich die

konservativ-liberale Bundesregierung unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard bewährte und stabilisierte. Die westdeutsche Industrie begann, auf einer ökonomischen Expansionswelle zu schwimmen, die wiederum sozial- und lohnpolitische Zugeständnisse ermöglichte. Bei vollen Auftragsbüchern, hoher Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin wurden Kapazitätsreserven mobilisiert, umfassende Investitionsleistungen getätigt und wachsende Ungleichheiten angehäuft. Die Gewerkschaftsbewegung und allen voran der Leiter ihres wirtschaftspolitischen Thinktanks mussten also umdenken.

Politischer Lohn

Die Gewerkschaften waren wieder auf die alte Lohn- und Tarifpolitik zurückgeworfen, doch fehlte es dieser nicht nur an Praxis (fast zwei Jahrzehnte lang waren gewerkschaftliche Lohnkämpfe verboten gewesen), sondern mehr noch an theoretischen Prinzipien, wie Agartz in einem unveröffentlicht gebliebenen Grundsatztvortrag vor dem Lohnpolitischen Ausschuss des DGB im Mai 1953 feststellte. In explizit selbstkritischen Worten betonte er dort, dass man vor allem in der Lohnpolitik »hinreichend Verantwortung gezeigt« habe – »vielleicht sogar wesentlich mehr als eigentlich vertretbar war«. Man müsse deswegen den Lohn wieder als politisch umkämpften Lohn verstehen und diese makroökonomische Erkenntnis entsprechend offensiv wenden. Es gäbe keinen Lohn, formulierte er,

»der objektiv feststellbar ist, da es keine Wertschöpfung gibt, die ermittelt werden kann, und die auch nicht zurechenbar ist. Jeder Lohn – ich möchte das besonders betonen – ist ein politischer Lohn, der im Rahmen von volkswirtschaftlichen oder erwerbswirtschaftlichen Zielsetzungen gewährt wird. Die Lohnpolitik ist ein Teil der Einkommenspolitik und damit ein Teil der Wirtschaftspolitik.«

Mit seiner Zurückweisung jeder wissenschaftlich neutralen Lohntheorie knüpfte Agartz wieder an der klassischen sozialdemokratischen Tradition der 1920er Jahre an und nahm kräftige Anleihen an neueren, keynesianistischen Lohntheorien – diese allerdings noch weitertreibend. Und er erhielt grünes Licht, seine lohnpolitischen Vorstellungen in die gewerkschaftspolitische Öffentlichkeit zu tragen.

»In einem so genannten marktwirtschaftlichen System«, lesen wir in dem bemer-

kenswert kurzen, seine (unveröffentlicht gebliebenen) umfangreichen Vorarbeiten kondensierenden Zeitschriftenartikel »Expansive Lohnpolitik« vom Dezember 1953,

»ist jede expandierende Wirtschaft von der Gefahr bedroht, dass die Nachfrage hinter dem Warenangebot zurückbleibt. Daher bedarf es einer Konjunkturpolitik, die sicherstellt, dass das volkswirtschaftliche Gleichgewicht gewahrt bleibt. Diese Konjunkturpolitik ist durch eine aktive Strukturpolitik zu ergänzen, um alle verfügbaren Arbeitskräfte und ihren Zuwachs zum Einsatz zu bringen. Sowohl für eine aktive Konjunktur- wie auch Strukturpolitik ist die Lohnpolitik das wichtigste Instrument. Die Lohnpolitik darf nicht allein dynamisch, sie muss auch expansiv sein. Sie darf sich nicht damit begnügen, den Reallohn an die volkswirtschaftliche Entwicklung nachträglich heranzubringen. Sie muss versuchen, die wirtschaftliche Expansion von sich aus zu forcieren, um durch bewusste Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung der Produktion herauszufordern.«

Eine solch dynamisch-expansive, nicht mehr nur der Sozialpolitik, sondern nun auch der volkswirtschaftlichen Konjunktur- und Strukturpolitik dienende Lohnpolitik sollte also dazu führen, dass die Löhne schneller wachsen als das Sozialprodukt. Auf jede Preiserhöhung sollten automatisch eine Tarifikündigung und ein neuer Lohnkampf folgen, um auf diesem Weg den gesamtgesellschaftlich zu verteilenden Wohlstandskuchen zu vermehren und den abhängig Beschäftigten dabei ihren steigenden Anteil zu sichern. Mit diesem beeindruckenden Schachzug, aus Lohnfragen Machtfragen zu machen, provozierte Viktor Agartz einmal mehr das politische und ökonomische Establishment und lieferte auch den Nachgeborenen jenes Signalwort, mit dem man noch Jahrzehnte später seine zumeist tabuisierte Person zu charakterisieren gedachte.

Persönlicher Abgang, gesellschaftliches Nachwirken

In der Tat löste er mit seinem, von der DGB-Führung zunächst mitgetragenen wirtschaftspolitischen Vorschlag eine neue gewerkschaftspolitische Offensive und heftige Lohnkämpfe aus, die die westdeutsche Innenpolitik in den Jahren 1954 und 1955 nachhaltig politisieren und polarisieren sollten. Denn so wie er mit seinen Thesen und Theoremen vielen frustrierten Gewerkschaftern aus der Seele

gesprochen hatte, liefen seine vielfältigen Gegner innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaftsbewegung nun Sturm gegen solch wirtschafts- und staatspolitische »Verantwortungslosigkeit«. Mit Erfolg, denn zunehmend gingen immer mehr seiner führenden DGB-Genossen auf Distanz zu Agartz' »gewerkschaftlichem Radikalismus«. Im Herbst 1955 wurden er und seine engsten Mitarbeiter schließlich aus dem WWI entlassen und schnell auch aus dem DGB und ihren Einzelgewerkschaften herausgedrängt.

Der sich in der gesellschaftlichen Opposition wiederfindende Agartz, immerhin einer der Gründerväter der BRD, wurde zum Prototypen des »ausgebürgerten Linken«. Sechs Jahre lang gab er daraufhin eine eigene, gewerkschaftsoppositionelle Zeitschrift heraus und machte sich damit zum Vordenker eines linkssozialistischen Neuformierungsversuchs, der im Übergang zu den 1960er Jahren, nach der Wende der SPD hin zur sozialen Marktwirtschaft in Bad Godesberg, versanden sollte. Seine Lebensleistungen wurden fortan verschwiegen, seine Person und Theorien vergessen und seine Schriften später nur ebenso unvollständig wie vorübergehend wieder neuaufgelegt.

Doch auch wenn der sozialistische Politökonom die *Persona non grata* der deutschen Innenpolitik bleiben sollte und sich später kaum jemand noch auf seine ebenso originelle wie wellenschlagende Lohntheorie berufen wollte, so hatten viele diese doch in ihrem Hinterkopf, als sie sich in den 1970er und 1980er Jahren – und erneut in jüngster Zeit – abermals an einem linken Reformismus versuchten.

**Christoph Jünke**

Christoph Jünke lebt und arbeitet als Historiker in Bochum. Zuletzt erschien von ihm »Viktor Agartz oder: Ein Leben für und wider die Wirtschaftsdemokratie«.

+ Folgen